



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

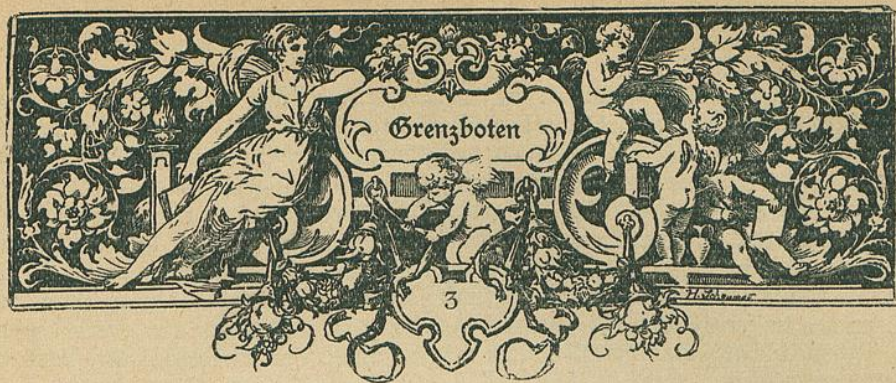
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Thimme, Friedrich: Siegen, siegen, siegen!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Siegen, siegen, siegen!

Von Dr. Friedrich Thimme



Der Abgeordnete von Heydebrand und der Lasa, der Führer der konservativen Partei, ein Mann von anerkannten, auch bei seinen Gegnern anerkannten staatsmännischen Qualitäten, hat kürzlich auf eine Frage nach seinen Kriegszielen mit lapidarer Kürze geantwortet, daß es nur noch auf eins ankomme: Siegen, siegen, siegen! Das ist ein Wort, das nach der schönsten Abweisung unseres Friedensangebots sicherlich Stimmung und festen Entschluß unseres ganzen Volkes, vom Kaiser bis zum letzten Arbeiter wiedergibt. Konservative und Sozialdemokraten, Aldeutsche und Friedensenthufasteten, Städter und Landleute, alle einander entgegengesetzten Gruppen und Richtungen sind hierin eins. Man sollte meinen, daß auch über den Weg zum Siege ein Zweifel nicht mehr möglich sei. Der Kaiser hat es seinem Heer und seiner Marine schon bei der Jahreswende zugerufen: „Der unvergleichlich kriegerische Geist, der in Euren Reihen lebt, Euer zäher, nimmer ermattender Siegeswille, Eure Liebe zum Vaterlande bürgen mir, daß der Sieg auch im neuen Jahr bei unseren Fahnen bleiben werde.“ Zu Stahl zu werden, hat er dann Heer und Marine in dem Aufruf des 5. Januar aufgefordert, der den Fortgang des Krieges in aller Form ankündigt. Also Kampf, grimmigen, entschlossenen, zähen Kampf zu Wasser und zu Lande, härteren, rücksichtsloseren noch als bisher gilt es. Der Heimat aber fällt vor allem die Aufgabe zu, alles, was irgend für diesen gesteigerten Kampf erforderlich ist, in gigantischem Ausmaß herzustellen. Heerespflicht und Dienstpflicht umfassen ja heute das ganze Volk. Was der Reichskanzler am 12. Dezember warnend voraussagte: „Lehnen die Feinde unser Friedensangebot ab, dann wird bis in die letzte Hütte hinein jedes deutsche Herz von neuem in heiligem Zorn aufflammen gegen Feinde, die um ihrer Vernichtungs- und Eroberungsabsichten willen dem Menschenmorden noch keinen Einhalt tun wollen,“ das muß zur Wahrheit werden und ist schon Wahrheit geworden. Nicht als ob der furor teutonicus sich in lauten Worten und leidenschaftlichen Gesten nach Art unserer Feinde kund gäbe; stählerne Entschlossenheit, wie sie von uns verlangt wird, heischt nach Taten, nicht Worten. Was not tut, ist der eherne Wille, auch das Letzte an Gut und Blut herzugeben, ist die Bereitschaft zu jeder

Arbeit und zu jeder Entbehrung, ist der Verzicht auf alle Selbstsucht und jeden Sondervorteil, auf alle überflüssige Kraftvergeudung in unnötigem Zank und Parteidader, der sich immer noch in Blättern aller Richtungen häßlich breit macht, ist der Geist und die Tat freudiger und resioloser Gemeinschaftsarbeit, zu der das Hindenburg-Gesetz die große Duvertüre spielt, ist mit einem Worte die völlige Einheit und Geschlossenheit der nationalen Front. Heute, wo es sich bei dem Herannahen der endgültigen Entscheidung des Weltkampfes mehr wie je um die Existenz und die Zukunft Deutschlands handelt, muß ein jeder Deutscher in jedem Betracht, vor allem aber in der Richtung der Einheit und der Gemeinschaft auf vaterländische Höchstleistung bei mindestem Kraftverlust gestellt sein.

Fort darum mit dem leidigen Streit zwischen Stadt und Land um die Ernährungsfragen, der sich immer wieder von neuem entzündet. Ehrensache muß es für unsere Landwirtschaft im Sinne der Hindenburgschen Ermahnungen sein, nicht bloß einmalig, sondern dauernd im Interesse der Gesamtbevölkerung herzugeben, was nur irgend entbehrt werden kann; Ehrensache auch, sich durch nichts, durch keinen noch so begreiflichen Ärger über behördliche Eingriffe in der Steigerung der Produktion auf ein Höchstmaß behindern zu lassen. Ehrensache muß es aber auch für den Städter sein, dem Landmann zu vertrauen, verdammenswerte Einzelfälle nicht zu verallgemeinern, und statt mißgünstig die Leistung des Landmannes zu kontrollieren, gerade und unverrückt auf den ihm selbst vorgeschriebenen Weg der Anspannung der eigenen Kräfte zu schauen. Ein jeder sehe, nach dem Goetheschen Spruche, wie er es treibe.

Fort mit dem unfruchtbaren Streit um den Einfluß des Parlaments! Im Grunde wollen hier doch alle Deutschen dasselbe, sie wünschen den Einfluß des Parlaments in der Richtung stärkster Mithilfe an dem nationalen Verteidigungs- und Hilfsdienst anerkannt und erhöht zu sehen, wünschen auch, daß von der Tribüne des Reichstags das starke Wollen des deutschen Volkes möglichst oft seinen weithin hallenden Ausdruck finde. Was braucht man sich da um das Maß der Parlamentsrechte zwischen Rechts und Links zu streiten, was braucht man hüben das Ziel der reinen Parlamentsherrschaft, das in weitem Felde liegt, aufzustellen, drüben, wie es jüngst in einer Zuschrift der „Neuen Preussischen (Kreuz-) Zeitung“ („Auf dem Wege zur Parlamentsherrschaft“, Nr. 651 und 652 vom 21. und 22. Dezember) geschah, die wahrlich bescheidenen Ansätze zu einer Steigerung des parlamentarischen Einflusses im Lichte der allerschwärzesten Gefahren auszumalen? Unsere Konservativen mögen sich erinnern, daß auch ein Bismarck auf das eindringlichste seine Stimme zugunsten eines starken Parlaments als des Brennpunktes des nationalen Einheitsgefühls erhoben hat. „Wir brauchen den Reichstag, wir brauchen seine Autorität, wir müssen sie stützen und fördern.“ Bismarck hat ja — er hat es 1891 ausgesprochen — diktatorische Zustände, wie sie heute während des Krieges notgedrungen herrschen, als Ausnahmen angesehen, und als solche für zulässig gehalten, aber er hat doch als Regel die parlamentarische Autorität und die durch sie vorzunehmende Korrektur der Regierungspolitik für schlechthin notwendig und für um so notwendiger erklärt, je mehr die ministerielle Leitung an Sachkunde und Geschick zu wünschen übrig lasse. Sogar die Forderung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes würde sich auf die Autorität eines Bismarck berufen können!

Fort auch mit dem Streit um die Neuorientierung, der wieder unsere Konservativen mehr als nötig aufregt und beunruhigt. Sie mögen, da sie nun

einmal die Bismarcksche Autorität so hoch einschätzen, sich seiner eigenen Lebensmaxime erinnern, die just für den heutigen Zeitpunkt geprägt sein könnte: „Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie; in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbstständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können. Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus fest gebaut dasteht“ (5. März 1878). Auch des anderen Wortes von Bismarck wollen wir eingedenk sein: „Den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist, jederzeit zu erstreben, ist die Pflicht jeder ehrlichen Regierung.“ Daß heute aber, nachdem in dem Kampf um Deutschlands Existenz sich die völlige Solidarität der Volksgenossen in vaterländischer Zuverlässigkeit, die nationale Haltung aller Parteien in einem Maße dokumentiert hat, das Bismarcks kühnste Erwartungen übertroffen hätte, nachdem auf der anderen Seite die Autorität des Kaiser- und Königtums eine auch von konservativer Seite oft und warm begrüßte Stärkung erfahren hat, daß heute Bismarck einen höheren Grad von Freiheit des Volkes und des Individuums, ein stärkeres Ausmaß des Selbst- und Mitbestimmungsrechts im Staate, und also eine Neuorientierung für nützlich und notwendig halten würde, das kann einem ernstlichen Widerspruch nicht unterliegen und am wenigsten neuen Streit entfachen.

Fort weiterhin, ganz im Sinne Herrn von Heydebrands, mit dem unfruchtbaren, nur die Einheit bedrohenden Streit um die Kriegsziele! Ob wir viel oder wenig als Siegespreis verlangen, ist heute letzten Endes ganz gleichgültig; wir wissen ja, daß unsere Feinde uns gar nichts, nein, weniger als nichts gönnen, daß sie uns jeden Frieden weigern, der nicht unserer Vernichtung gleichkommt. Da kann in der Tat nur siegen, siegen und noch einmal siegen die Parole sein; alles andere ist nur ein Streit um das Fell des übel zugerichteten, aber noch nicht erlegten Bären. Die Größe des Siegespreises, das sollten sich gerade unsere Machtpolitiker sagen, hängt nicht von dem Maße der Agitation für möglichst weit gesteckte Kriegsziele ab, die doch immer nur ein entsprechendes Maß von Gegenagitation auslöst, und die auf diese Weise tatsächlich nur den Eindruck der Zerfahrenheit des Volkswillens steigert und unsere politische Stoßkraft nicht herauf-, sondern herabsetzt; sie hängt vielmehr einzig und allein von der Größe des erfochtenen Sieges ab.

Fort endlich mit dem unglückseligen Streit um unsere führenden Männer, um den Reichskanzler zumal, der nevertheless, im Zusammenhang mit dem Friedensangebot, heftiger wie je zu entbrennen droht! Kann es nützlich und erprießlich sein, wenn ein Urteil wie das folgende in das Land getragen wird: „Es ist wohl das Schwerste an diesem so schweren Kriege, daß das Volk in seinem einsichtigsten Teil so gänzlich das Vertrauen zu unserer politischen Leitung verlieren mußte. Kann überhaupt der Mann, dem das Wort vom Unrecht an Belgien ent schlüpfte, und der versprach, das begangene Unrecht wieder gut zu machen, einen Frieden schließen, der Deutschlands Zukunft sicherstellt?“ Und leider ertönt die gleiche Melodie aus alldeutschen, konservativen, ja selbst aus einem fortschrittlichen Blatte. Es werden Resolutionen gefaßt wie die des Vorstandes des Verbandes Westmark der deutschvölkischen Partei: „Während

sich den Männern um Scheidemann und den Vertretern des Börsenkapitals nur noch einige unklare Besserwiffer anschließen, steht das übrige gesamte deutsche Volk der Politik des Reichskanzlers ohne Vertrauen gegenüber . . . Das deutsche Volk darf daher wohl erwarten, daß der Herr Reichskanzler zum Wohle des Vaterlandes und der deutschen Zukunft einem anders gearteten Mann den Platz räumt." Ja, die „Alldeutschen Blätter“ haben ihren Neujahrsartikel mit den Worten geschlossen: „Wenn wir für unser Volk in der Form eines Neujahrs-wunsches eine Frage an das Schicksal tun, so kann es nur die nach neuen Männern sein: Nur in diesem Zeichen werden wir siegen.“

Wir wollen hier nicht darüber streiten, ob wirklich ein so großer Teil des deutschen Volkes, ob gerade die Einsichtigsten dem Kanzler ihr Vertrauen versagen. Das eine steht jedenfalls fest, daß er bis auf den heutigen Tag das volle Vertrauen des Kaisers und Königs und der vornehmsten Bundesfürsten, wie des kraftvollen Bayernkönigs genießt; immer wieder haben wir ja während des Krieges herzliche und vertrauensvolle Kundgebungen von ihrer Seite an ihn gelesen. Auch das steht fest, daß Hindenburg zum Kanzler hält; nicht umsonst hat er an ihn nach der Einleitung der Friedensaktion und der Rede vom 12. Dezember ein Telegramm von wärmster und persönlichster Färbung gerichtet. Daß der Kanzler als solcher, so lange er im Amte ist, der Hauptvertrauensmann, der Hauptvertrauensberater des Kaisers, daß er in Wahrheit kaiserlicher Beamter sei, das hat Bismarck zu wiederholten Malen mit allem Nachdruck betont. „Um ernannt zu werden und im Amte zu bleiben,“ sagte Bismarck zum Beispiel am 25. Januar 1877, „muß der Reichskanzler notwendig das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers haben.“ Den Kanzler zu ernennen und zu entlassen, ist ausschließlich ein kaiserliches Vorrecht, das ganz gewiß kein irgend konservativ gestimmter Mann durch eine noch so entfernte Nötigung, einen anderen Reichskanzler zu ernennen, schmälern dürfte. Vor wenigen Jahren erst — es war nach dem Fall von Zabern — hat Herr von Bethmann Hollweg selbst unter dem lauten Beifall der Rechten ausgeführt: „Nach der Reichsverfassung steht dem Kaiser die Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers in vollkommen freier Entschliebung zu, und es ist verfassungswidrig, darauf einen Druck ausüben zu wollen.“ Damals hat es die ganze konservative Partei höchlich gebilligt, daß der Kanzler es ablehnte, auf Grund eines parlamentarischen Mißtrauensvotums seine Entlassung zu nehmen, so lange ihn das Vertrauen des Kaisers trage. Damals hat sich die ganze konservative Presse über das parlamentarische Mißtrauensvotum mit Recht entrüstet und aufgelehnt. Ja, ist denn ein alldeutsches oder ein konservatives Mißtrauensvotum, ausgehend von einzelnen Blättern, Vereinsvorständen oder Persönlichkeiten im Grundsatz verschieden von einem demokratischen oder parlamentarischen Mißtrauensvotum? Wir appellieren an Herrn von Heydebrand: hätte nicht gerade die konservative Partei jetzt die Verpflichtung, für das bedrohte Recht des Kaisers, an dem Mann seiner Wahl und seines Vertrauens festzuhalten, mit aller Schärfe und Bestimmtheit, auch gegenüber den Heißspornen der eigenen Partei einzutreten?

Wenn die neuerliche Bewegung gegen den Kanzler ihre Argumente insbesondere aus der Friedensaktion, die sie für unzeitig und schwächlich ansieht, abzuleiten sucht, so sollten konservative Blätter auch das nicht vergessen: diese Friedensaktion ging nicht sowohl von Herrn von Bethmann Hollweg, als vielmehr vom Kaiser und seinen hohen Verbündeten, zumal dem jungen Kaiser Karl aus. Ausdrücklich hat der Kanzler in seiner Rede vom 12. Dezember gesagt: „Seine Majestät der Kaiser hat in vollem Einvernehmen und in Gemeinschaft mit den

ihm verbündeten Herrschern den Entschluß gefaßt, den Feinden den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen". Auch der Kaiser selbst hat dies in seinem letzten Aufruf an Heer und Marine bestätigt. Diese persönliche Initiative des Kaisers aber sollte Grund genug sein, den Motiven, die zu der Aktion geführt haben und den Gründen, die für sie sprechen, vollkommen gerecht zu werden, statt daß die Gegner des Kanzlers sie benutzen, um über ihn, der den Kaiser mit seiner Verantwortlichkeit deckt, herzufallen. Auch wenn das Friedensangebot weiter gar nichts gutes gewirkt hätte, als daß die innere Einheit Deutschlands durch diese politische Handlung gestärkt wäre, was selbst die „Kreuzzeitung“ am 10. Januar zugestanden hat, so wäre das bei der ungeheuren Bedeutung der inneren Einheitsfront von gar nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung. Wir möchten es mit der „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung“, einem ebenfalls weit rechts stehenden Blatte, doch auch hoch anschlagen, daß gerade von deutscher Seite mitten in dem Toben des Weltkrieges die „reinliche Sprache der Wahrheit, des Christentums und der Verantwortung vor Gott“ angeschlagen ist! Mag auch diese Sprache zunächst von dem Haß und Loben unserer Feinde niedergeschrien werden, auf die Dauer kann und wird es im weiten Erdrund nicht ohne Eindruck und ohne tiefere Wirkung bleiben, daß die Menschheitsfrage des Friedens, nicht aus schwächlicher Sentimentalität und noch weniger aus Schwäche selbst, sondern um des Gewissens willen zuerst und gerade von uns gestellt ist. Dem Reichskanzler aber soll es für immer unvergessen bleiben, daß er, um mit Hindenburg zu sprechen, mit seiner Rede eine tiefstittliche Kraftäußerung unseres deutschen Vaterlandes eingeleitet hat.

Es liegt auch schlechterdings kein Anlaß vor zu glauben, daß der Reichskanzler, wie ihm so oft unterstellt wird, sich um jeden Preis zu Friedensverhandlungen bereit finden lassen werde. Unsere Antwort auf Herrn Wilsons Friedensnote ließ und läßt einer solchen Annahme wahrlich keinen Raum; besagt sie doch klar und eindeutig, daß wir selbst, Aug in Auge und ohne Vermittler mit unseren Gegnern verhandeln wollen. Auch die angeblichen Äußerungen unseres Gesandten in Amerika, des Grafen Bernstorff: daß Deutschland unter allen Umständen zur Friedenskonferenz gelangen wolle, daß es bereit sei, Belgien herzustellen und zu entschädigen und überhaupt Kriegsschädigungen zu bezahlen, sind mit aller Deutlichkeit dementiert worden. Damit ist denn auch von neuem festgestellt, daß jene Äußerungen des Reichskanzlers vom 4. August 1914, die ihm von seinen Gegnern immer wieder vorgehalten werden, durch die seitherigen Ereignisse völlig hinfällig geworden sind, und unsere jüngste Note an die Neutralen hat dies noch unterstrichen. Man versteht ja, daß unsere Feinde die Äußerungen des Kanzlers bei jeder Gelegenheit von neuem hervorsuchen. Aber daß ein solcher durchsichtiger Advokatentrick uns eine Veranlassung geben könne, den Reichskanzler fallen zu lassen, das scheint mit deutschem Selbstbewußtsein doch schwer vereinbar. Wollen wir überhaupt das mindeste Gewicht auf das legen, was unsere Feinde sagen, so müßten wir uns beeilen, auch unseren ganzen Militarismus, ja unsere Hohenzollerndynastie — suchen unsere Gegner nicht etwa auch aus den Äußerungen Kaiser Wilhelms Kapital zu schlagen? — preiszugeben!

So bliebe denn von allen Vorwürfen, die neuerdings gegen Herrn von Bethmann Hollweg erhoben werden, wesentlich nur der eine übrig, daß er aus Rücksicht auf Amerika und die Neutralen mit dem verschärften Unterseebootkrieg zurückgehalten habe. Wer sich aber diesen Vorwurf zu eigen macht, übersteht,

daß der Reichskanzler hier keineswegs zu entscheiden hat, daß die Entscheidung vielmehr auf Grund der Gutachten aller maßgebenden Stellen, darunter unserer ersten Marineautoritäten von dem Kaiser selbst gefällt wird. Auch unsere Heeresleitung, die doch am besten übersehen, was zur raschen und völligen Entscheidung des Weltkrieges vonnöten ist, hat, wie jedermann weiß, ihr gewichtiges Wort in die Wagschale zu werfen. Das sollte doch allen Deutschen ohne Unterschied der Partei ein sicheres Vertrauen geben, daß auch das äußerste Kriegsmittel, wenn es die siegreiche Entscheidung des Krieges verbürgt, rechtzeitig eingesetzt wird. Wo Hindenburg im Rate sitzt, zu dessen ruhiger Entschlossenheit ganz Deutschland in felsenfester Zuversicht aufschaut, da kann und darf es keinen Zweifel, keine bange Sorge mehr geben.

Man wird diesen Ausführungen vielleicht entgegenhalten, daß es nicht üblich sei, die Person des Kaisers in die Erörterung hineinzuziehen. Aber hier handelt es sich doch um Wahrheit und Klarheit, handelt es sich darum, daß dem deutschen Volke das Vertrauen auf die siegreiche Entscheidung, das durch leidenschaftliche Agitation untergraben zu werden drohte, zurückgegeben werde. Unser Kaiser selbst ruft heute das deutsche Volk in flammenden Worten zu Kampf und Sieg auf. Er vertraut dem deutschen Volke von ganzer Seele und von ganzem Herzen; sollte das deutsche Volk ihm nicht wieder vertrauen, auch darin vertrauen, daß er uns die rechten Führer gegeben hat? Uns scheint ein solches Vertrauen heute schlechtthin notwendig zu sein. Ohne Vertrauen des Volkes kein Sieg! Ein Bibelwort sagt: „Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat.“ Das gilt ja zunächst von dem geistlichen Gebiete. Aber es trifft auch völlig auf unsere Situation im Weltkriege zu. Darum ist es höchste patriotische Pflicht für jeden Deutschen, der die Parole „Siegen, siegen, siegen“ unterschreibt — und welcher Deutsche sollte das nicht? — dahin zu wirken, daß das Vertrauen des Volkes zu sich selbst und zu den Männern, die des Kaisers Wille zu seinen Führern bestellt hat, gestärkt und gemehrt werde. Damit verträgt es sich sehr wohl, daß diesen Männern immer wieder zugerufen wird: Landgraf werde hart!, daß ihnen alle Bedenken gegen irgendwelche Nachgiebigkeit, alle Gründe für eine möglichst rücksichtslose Kriegsführung zu Wasser und zu Lande ans Herz gelegt werden. Wir sind überzeugt, daß das heute, nach der schier wahnwitzigen Antwortnote der Entente an Wilson nicht mehr nötig ist, daß heute der Kanzler an grimmiger Entschlossenheit und Siegeswillen hinter keinem Deutschen zurücksteht. Wir dürfen auch gewiß sein, daß das sich bald, sehr bald zeigen wird! Und darum noch einmal: Unser Glaube ist der Sieg. Nicht in dem Zeichen irgendwelcher neuer Männer, nicht in dem Zeichen irgendeines Kriegsmittels: siegen werden wir mit unseren treuen Verbündeten nur in dem Zeichen des Vertrauens und der Einigkeit. „Noch nie ward Deutschland überwunden wenn es einig war“, in diesem schönen Kaiserwort liegt das tiefste Geheimnis des Sieges!

